Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 5

Artikel: Labour Party und Kolonialproblem
Autor: Furrer, Paul
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336466

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

PAUL FURRER

Labour Party und Kolonialproblem

Die militärische und wirtschaftliche Schwächung Frankreichs und Großbritanniens durch die beiden Weltkriege hat die Lösung des Kolonialproblems einen Schritt nähergerückt. Ein Blick in die Presse zeigt, daß auch eine weniger fortschrittliche öffentliche Meinung sich nicht mehr so leicht abfindet mit Kolonialkriegen. Keine politische Maßnahme der Nachkriegszeit hat denn auch so allgemeine Zustimmung erfahren wie die Freigabe Indiens durch die Labourregierung. Nichts bringt Frankreich bei den Farbigen anderseits so sehr in Verruf wie sein «schmutziger Krieg» um Vietnam.

Die Machtübernahme Labours im Sommer 1945 erweckte begreiflicherweise große Hoffnungen bei allen farbigen Untertanen seiner britischen Majestät. Die Frage ist, wie weit diese Erwartungen erfüllt worden sind. Es war vorauszusehen, daß sich die Labour Party nicht die marxistische Auffassung, die das Recht aller Völker, kolonialer und anderer, auf staatliche Unabhängigkeit proklamiert, zu eigen machen würde. Eine so radikale Lösung, die Preisgabe des Kolonialreiches, war für die Partei, die unter dem Einfluß der Fabier immer für überlegtes, schrittweises Vorgehen eintrat, undenkbar. Sie setzte sich auch in der Frage der Kolonien für Reformen und nicht für radikalen Bruch mit dem Bestehenden ein. Eine Möglichkeit der Überwindung des Kolonialstatuts sahen die Fabier eher in der Kontrolle der Kolonien durch eine internationale Körperschaft — die Mandatskommission des Völkerbundes zum Beispiel. Im Vertrag von Versailles waren den Deutschen die afrikanischen Kolonien Togo, Kamerun, Südwestafrika und Ostafrika weggenommen worden. Sie wurden England, Frankreich und der Südafrikanischen Union als Mandatsgebiete anvertraut mit der Verpflichtung, diese Kolonialvölker so heranzubilden, daß sie sich mit der Zeit selbst regieren könnten. Die Schutzmächte sollten dem Völkerbund über ihre Tätigkeit Bericht erstatten. Interessant und ein Gradmesser für ihren Optimismus ist die Resolution, die ein Sonderkongreß der Labour Party 1919 faßte. Sie verlangte, daß alle Kolonialgebiete europäischer Mächte der Aufsicht der Mandatkommission unterstellt würden. Natürlich wurde diese Forderung nie verwirklicht. Sie hätte auch keinen Schutz oder Fortschritt für die Eingeborenen bedeutet, denn die Mitglieder der Mandatskommission hatten lediglich das Recht, Einsicht in die Verwaltungsdokumente der Schutzmächte zu nehmen, eine reichlich papierene Angelegenheit. Die Jahre zwischen den

beiden Weltkriegen sahen denn auch nicht den geringsten Fortschritt in der Kolonialfrage. Die Konservative Partei, die in Großbritannien fast ununterbrochen an der Macht war, duldete im eigenen Lande Elendsgebiete, die ihr zur Schande gereichten. Im übrigen holte sie aus den Mandatsgebieten ebenso wie aus den andern Kolonien möglichst viel heraus. Was die Erziehung zur Selbstregierung betraf, so stand die konservative Regierung auf dem Standpunkt, die Kolonien hätten in erster Linie ohne Zuschüsse des britischen Schatzamtes auszukommen. Wollten sie irgendeinen zivilisatorischen Fortschritt verwirklichen, so mußten sie durch Selbstbesteuerung dafür aufkommen oder Anleihen in der Londoner City aufnehmen.

Erst nachdem die konservative Politik der Chamberlain und Konsorten im zweiten Weltkrieg geendet hatte, ging eine Koalitionsregierung an die Erörterung der Kolonialaufgaben. 1940 wurden vom britischen Parlament 5 Millionen Pfund pro Jahr für 10 Jahre für koloniale Entwicklung und Wohlfahrt bewilligt. Natürlich konnte während des Krieges nur ein minimer Teil dieser Summe verausgabt werden, denn es fehlte bereits an allem, Waren, Transport, Arbeitskräften. Auf jeden Fall bekam die Eingeborenenbevölkerung kaum etwas zu spüren von einer neuen Einstellung ihr gegenüber. Scharfe Angriffe auf die «Sklaverei» des englischen Kolonialsystems in der amerikanischen Presse und die Interesselosigkeit, mit der die asiatischen Schutzbefohlenen Englands auf den Verlust von Hongkong, Malaya und Singapore reagierten, zeigten der englischen Regierung, was auf dem Spiel stand.

Als Labour 1945 an die Macht kam, waren die Aussichten für eine Entwicklung im Interesse der Kolonien allerdings denkbar schlecht. Das Einkommen Englands, das sich aus industriellen Beteiligungen im Ausland, dem ausländischen Bankgeschäft, aus der Schiffahrt usw., herleitete, war auf zwei Siebtel seines Vorkriegsbetrages zusammengeschrumpft; England war überdies an die Dominions wie an die Kolonien stark verschuldet. Nach Einstellung der amerikanischen Lieferungen unter dem Leih- und Pachtvertrag (Ende 1945) sah sich Großbritannien in die Unmöglichkeit versetzt, auch nur seine Lebensmittelimporte aus dem Dollargebiet zu bezahlen. 1947 wurde ihm von Amerika eine Anleihe von 4,5 Milliarden Dollar gewährt. Die damit verknüpften Bedingungen verboten England aber, diese Mittel zur Bezahlung seiner Schulden an Dominions und Kolonien zu verwenden. Auch mußte die Labourregierung einwilligen, Amerika zu den gleichen Bedingungen, wie sie selbst genoß, zum Handel mit dem britischen Völkerverband zuzulassen. Man würde erwarten, daß Großbritannien diese Mittel für die Modernisierung und den Wiederaufbau seiner zerstörten oder schon vor dem Kriege

veralteten Industrie verwenden könnte. Auch seine seit Jahrzehnten vernachlässigte Landwirtschaft bedarf gewaltiger Investitionen. Heute kann es sich England nicht mehr leisten, zwei Drittel seiner Nahrungsmittel einzuführen. Die meisten seiner Importe, speziell die moderne industrielle Ausrüstung (Bergwerksmaschinen), müssen in Dollars bezahlt werden. Diesen zivilen Aufgaben gegenüber steht aber, was kaum begreiflich ist, noch immer als schwerste Last des englischen Staatshaushaltes: Aufrechterhaltung militärischer Bereitschaft, mit andern Worten der Ausbau weiterer Flotten- und Luftstützpunkte vom Mittelmeer über Ostafrika bis in den Fernen Osten. Die Truppenkontingente, die England in Hongkong stehen hat, der Kolonialkrieg, den es seit vier Jahren in Malaya führt, die Schaffung neuer Verteidigungsanlagen machen die fernöstlichen Kolonialgebiete, wirtschaftlich gesprochen, aus Aktivposten zu einem Mühlstein am Hals Englands. Die militärischen Aufwendungen Englands (wie auch Frankreichs und Hollands), die strategischen Verpflichtungen, die sie unter so großen Opfern eingegangen, sind nur auf dem Hintergrund der amerikanischen Politik des Containment (Eindämmung) zu verstehen. Amerika kann im Fernen Osten hauptsächlich aus innerpolitischen Gründen nicht mit eigenen Truppen eingreifen; so müssen die fernöstlichen Bastionen eben von seinen Verbündeten gehalten werden. Großbritannien muß noch 1950, seiner militärischen Verpflichtungen wegen (Besatzungsarmee in Deutschland, in Hongkong, Malaya, Ägypten, Flug- und Flottenstützpunkte, Kontingent für den Atlantikpakt), 750 000 Mann unter Waffen halten. Ebenso viele Zivilpersonen arbeiten für den Bedarf der Streitkräfte und sind somit der wirtschaftlichen Produktion entzogen. Das militärische Budget für die Nachkriegszeit erhöhte sich (gegenüber 1938) um 250 Prozent. Allein für militärische Aufwendungen in Übersee gab Großbritannien von 1946 bis Mitte 1949 die Summe von 806 Millionen Pfund aus (nach offiziellen Zahlen). Das Dollardefizit für die selbe Zeitspanne belief sich auf 1130 Millionen Pfund.

Der «New Statesman» schreibt denn auch (24. Januar 1948): «Die Politik des britischen Außenamtes (Bevin), die die Kräfte Großbritanniens für den inneren Ausbau und die Übernahme strategischer Verpflichtungen überschätzte, hat die Nation durch langsame Demobilisierung und das Defizit an Produktion weit mehr als die amerikanischen Anleihe gekostet.» Auch Professor Cole, der der Labour Party angehört, kommt zum Schluß, daß die amerikanische Anleihe nur dazu diente, die Kolonial- und Außenpolitik Großbritanniens militärisch zu untermauern, und nicht, um der Industrie und Landwirtschaft auf die Beine zu helfen. Auf jeden Fall hat die Anleihe England in noch drückendere Abhängigkeit gegenüber Amerika gebracht.

Die Dollarknappheit in den vom Krieg betroffenen Ländern Westeuropas schob den Gedanken einer ausgiebigeren Ausbeutung der noch verbleibenden Kolonien ganz allgemein in den Vordergrund. Nach der Auffassung der «Westeuropäischen Union», deren Ehrenpräsident Churchill ist, sollte Afrika zum Beispiel als «südliches Anhängsel» Europas betrachtet werden. In England treten die führenden konservativen Politiker, die Liberalen wie auch der Faschist Mosley geschlossen für eine energische Ausbeutung Afrikas ein — leider auch die Labour Party. Noch 1925 hatte ein britischer Gewerkschaftskongreß ein vernichtendes Urteil über koloniale Ausbeutung ausgesprochen. 1948 aber heißt es im Labour-Party-Plan für Westeuropa: «Eine massive Verminderung unserer Abhängigkeit von amerikanischen Lieferungen hängt vor allem von der Entwicklung der gewaltigen Hilfsquellen des afrikanischen Kontinents ab.» Der Handelsminister Wilson glaubte 1948, die Entwicklung Afrikas könne das Weltzahlungsgleichgewicht in etwa 10 Jahren wieder herstellen.

Für die neue Einstellung des «Mutterlandes» zu den Kolonien hatte das Wort «Imperialismus» einen zu ominösen Klang, es wurde durch «Partnerschaft» ersetzt. Auch das Schlagwort von der «paramountcy of the native interest» (Vorrang der Interessen der Eingeborenen) fand sich zu gelegener Zeit, um die neue Epoche einzuleiten. Noch während des Krieges (1944) hatte die englische Regierung beschlossen, 120 Millionen Pfund für die Entwicklung und Wohlfahrt der Kolonien auszusetzen, die, auf 10 Jahre verteilt, etwa 68 Millionen Einwohnern in 47 Territorien zugute kommen sollten. 1945 folgte eine Einladung an alle Gouverneure der Kolonien, die Wünsche ihrer Schutzbefohlenen bekanntzugeben. Unter ihren Forderungen sind zu erwähnen: Ärztlicher Dienst, Straßen, Wasserversorgung, Schulen, leichte Industrie für die Herstellung von Gebrauchsgegenständen und Werkzeugen, Hilfe bei der Einrichtung von Genossenschaften. Ein Teil dieser Wünsche wurde entgegengenommen, andere, die Forderung nach leichter Industrie zum Beispiel, wurde von London strikte abgelehnt. Für die Wohlfahrt der Kolonien wurden aber von der britischen Regierung in den Jahren 1940 bis 1949 nur 26 Millionen Pfund ausgegeben, wieder nach offiziellen Angaben, was hoch gerechnet etwa 70 Rp. pro Jahr und Kopf ausmacht. Dies ist keine große Summe, besonders wenn sich herausstellt, daß die Regierung allein an die Kolonien Ost- und Westafrikas für während des Krieges geleistete Dienste und Lieferungen 250 Millionen Pfund schuldet. Die à fonds perdu geleisteten Beiträge für die Hebung des Lebensstandards stellen natürlich nicht den Rahmen dar für das umfangreiche Produktionsprogramm der britischen Regierung. Die Pläne für die Produktion von Nahrungsmitteln, für den Ausbau

von Bergwerken usw. wurden vom Kolonialamt an Körperschaften öffentlichen Rechts übertragen, von denen die eine, die Overseas Food Corporation (Gesellschaft für die Produktion von Nahrungsmitteln), für das Erdnußprojekt von Tanganjika verantwortlich ist. Sie mußte sich für die technischen Unterlagen auf die Expertenberichte der United Africa Company verlassen, einer britischen Privatfirma, die auch die ersten Rodungen und Anpflanzungen unternahm. Über den vorläufigen Mißerfolg dieses Unternehmens konnte man sich letztes Jahr in unserer Presse eingehend orientieren. Mit Projekten dieser Art, die auf eine gewaltige (siebenfache) Steigerung der Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion für den Export abzielen, hat die eingeborene Bevölkerung gar nichts zu tun; sie begegnet ihnen im Gegenteil mit größtem Mißtrauen. Schon die Tatsache, daß solche Projekte von der Londoner Regierung ohne ihre Zustimmung, ja fast ohne ihr Wissen in Szene gesetzt werden, beweist den Eingeborenen, daß sie für alle Zeiten auf der Stufe der Rohstoffproduzenten niedergehalten werden sollen, in der sie aus langer Erfahrung keine Möglichkeiten für die Hebung ihrer Lage sehen. Auch die Gewerkschaften der Schwarzen, wo sie schon existieren, sehen in dieser Forcierung des Exportes nur die Möglichkeit, Kuliarbeit zu leisten, zu Kulilöhnen. Kein Wunder, daß sie fragen, für wen? Man muß in diesem Zusammenhang anerkennen, daß das Fabian Colonial Bureau, als Berater der Regierung in Kolonialfragen, immer eine enge Zusammenarbeit mit den Eingeborenen und ihren wirklichen Vertrauensleuten befürwortet hat; bis jetzt offenbar ohne genügenden Erfolg.

Welches sind die Kolonialprobleme, von der eingeborenen Bevölkerung aus gesehen? Da ist einmal die Bodenfrage. Bevor die Weißen in Afrika eindrangen, hatten die Eingeborenen, ob Hirten oder Ackerbauer, riesige Landflächen zur Verfügung. Wenn ein Weideland oder der Ackerboden nach einigen Ernten erschöpft war, zog der Stamm in ein anderes Gebiet, so daß sich der Boden erholen konnte. Wo sich heute die Weißen ansiedeln, und wären sie auch nur 5 Prozent der Bevölkerung, wie im Mandatgebiet von Tanganjika zum Beispiel, oder nur 1 Prozent, wie in Kenya, nehmen sie das beste Land für sich. Schwarze dürfen sich dort bei Strafe nicht niederlassen, auch wenn der Boden von den Weißen nicht benützt wird; er muß ihnen vorbehalten bleiben. Wo die Europäer etwas stärker vertreten sind, wie in der Südafrikanischen Union (1 Weißer auf etwa 5 Farbige), werden die vom Land sich ernährenden Eingeborenen überhaupt in sogenannte Reservate zurückgedrängt (Swaziland, Basutoland, Zululand, Bechuanaland). Die Reservate stehen unter dem Schutze der Londoner Regierung. Wie aus dem Fall des Häuptlings Seretse Khama, der eine Weiße geheiratet hat, hervorgeht,

ist dieser Schutz nicht absolut zuverlässig, falls die Regierung fürchten muß, den Rassenhaß der weißen Bevölkerung der Union zu provozieren. Schwarze können auch heute noch gezwungen werden, auf den Farmen der Weißen zu arbeiten. In gewissen britischen Kolonien wird den männlichen Eingeborenen eine Kopfsteuer auferlegt (poll tax), die in Bargeld zu erlegen ist und in jenen Fällen kaum anders als durch Arbeit in den Kupfer- und andern Bergwerken abverdient werden kann. Dies führt dazu, daß zeitweise mehr als die Hälfte der Männer von ihrem Stammland ferngehalten wird.

Erziehung: In keiner britischen Kolonie können mehr als 20 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben, und höchstens 1 Prozent haben mehr als diese elementarsten Kenntnisse. In weiten Gebieten besteht überhaupt keine Bildungsmöglichkeit. Bei gegenwärtigen Aufwendungen für Eingeborenenschulung müßten 700 Jahre vergehen, bis alle lesen und schreiben könnten. Auch im Dominion von Südafrika, das sich mit seinen Leistungen auf diesem Gebiete brüstet, gibt der Staat zwanzigmal mehr aus für die Schulung eines weißen Kindes als für ein Eingeborenenkind.

Gesundheitsdienst: In einer der fortgeschrittensten britischen Kolonien in Westafrika kommt ein Arzt auf 130 000 Eingeborene. Zwei Drittel der Tropenbevölkerung leiden an Malaria. Das Schlimmste jedoch ist die ständige Unterernährung und die Verseuchung durch Eingeweidewürmer, die sich der barfuß gehende Schwarze zuzieht. Medizinische Berater der Kolonialregierung haben ihre Ansicht schon in den Worten ausgedrückt: Was der Schwarze zunächst nötig hat, sind zwei währschafte Mahlzeiten per Tag und zwei Paar Schuhe per Jahr. Richtige Schuhe kann sich jedoch der Eingeborene nicht leisten, und die Einfuhr japanischer Sandalen, zu 2 Schilling das Paar, wurde von der Regierung verboten. Dies führt uns zum nächsten Punkt: der großen Armut.

Es ist durchaus falsch, anzunehmen, die Steigerung der Produktion in einer Kolonie bedeute auch eine Hebung des Lebensstandards der einheimischen Bevölkerung. Wenn zum Beispiel 1937 in Nordrhodesien Kupfer im Werte von 12 Millionen Pfund exportiert wurde, so blieben davon an Löhnen für die Schwarzen nur 244 000 Pfund oder etwa 14 Pfund pro Arbeiter und etwa 1 Million Pfund an Steuern im Lande, während 5,5 Millionen Pfund an Dividenden und Tantiemen im Ausland verteilt wurden. Die Tabakindustrie in Nyasaland ermöglichte (dreißiger Jahre) einen durchschnittlichen Jahresgewinn des Weißen von 1000 Pfund, der Neger verdient in Bargeld durchschnittlich 33 Schilling pro Jahr, so daß 5 Pfund in bar in jener Gegend als gutes Familieneinkommen betrachtet wurden. Für Arbeit in Bergwerken,

unter Tag, waren 32 Schilling im Monat der Durchschnittslohn des Schwarzen (dreißiger Jahre).

Das Kolonialamt der Labourregierung bemüht sich, durch Schaffung von Gewerkschaften die Lohnverhältnisse der Eingeborenen zu verbessern. Über deren Erfolg auf Kolonialgebiet sind noch keine Angaben erhältlich. In der Südafrikanischen Union, die bekanntlich von England unabhängig ist, bestehen seit Jahrzehnten Gewerkschaften für die Bergleute, das heißt Gewerkschaften für Neger und für Weiße. Es ist zu hoffen, daß der neue Internationale Bund freier Gewerkschaften diese Farbenschranke aufhebt. Wenn er dies nicht zustande bringt, kann ihm für die Kolonialgebiete keine gute Prognose gestellt werden.

Wie können sich die Eingeborenen bei ihrer Kolonialregierung Gehör verschaffen? Seit Ende des Krieges sind in allen britischen Kolonien, von Westindien bis Malaya im Fernen Osten Bestrebungen im Gange, die Rechte und Pflichten von Eingeborenen, europäischen Siedlern und den Regierungen der verschiedenen Kolonien in Verfassungen zu verankern, immer unter Aufsicht des Londoner Kolonialamtes natürlich. Es geht aus der vorstehenden Schilderung der Verhältnisse hervor, daß die britische Labourregierung, die ihre eigenen Projekte mit den Interessen der weißen Siedler und den Aspirationen der Eingeborenen unter einen Hut bringen soll, vor einer fast unlösbaren Aufgabe steht. Bis vor kurzem mindestens war das Wahlrecht der Eingeborenen auch in den fortschrittlichsten Kolonien (Nigeria in Westafrika zum Beispiel) an einen Minimalbesitz von 100 Pfund gebunden, was dazuführte, daß nur 0,8 Prozent der schwarzen Bevölkerung wahlberechtigt waren. In andern Kolonien, Kenya (Ostafrika) zum Beispiel bestand bis jetzt überhaupt keine wirkliche Vertretung der Eingeborenen im Parlament der Kolonie. Sogar im Dominion Südafrika (2 Millionen Weiße gegenüber 9 bis 10 Millionen Farbigen) sitzt kein Farbiger im Parlament.

Es hält schwer, angesichts dieser Verhältnisse an Schlagworte wie «Vorrang der Eingeboreneninteressen» zu glauben. Bis jetzt sind sie wohl kaum mehr als eine Fassade, eine Konzession an die Weltmeinung, hinter der der ursprüngliche Zweck, die Ausnützung der Farbigen für die Kolonialmacht und die weiße Minderheit der Kolonialbevölkerung, weiter verfolgt werden soll. Auch Labourminister Strachey (früher britischer Ernährungsminister) verteidigte sein Erdnußprojekt mit entsprechenden Argumenten. Er sagte vor dem britischen Unterhaus, sein Projekt sein kein philanthrophisches Unternehmen, es beruhe auf gesunden Geschäftsprinzipien. Er sah auch voraus, daß die afrikanische Bevölkerung schmerzlich enttäuscht sein dürfte. Man halte diesen Worten die Auffassung namhafter Forscher und Kenner Afrikas

gegenüber, wonach es überhaupt unmöglich ist, aus Afrika mehr herauszuholen, ohne daß man vorerst Hunderte von Millionen Pfund in den Kontinent hineinsteckt für Aufforstung, Bekämpfung der Erosion, für Hebung des Gesundheits- und Ernährungszustandes der eingeborenen Bevölkerung.

Es ist schon zu verstehen, daß die afrikanische Bevölkerung «jedes Vertrauen zu den Absichten der englischen Regierung verloren hat», wie Rita Hinden, die Sekretärin des Fabian Colonial Bureau sich ausdrückt. Der Widerspruch zwischen den Grundsätzen Labours, wie sie im Mutterland zur Anwendung kommen, und der Praxis der kolonialen Ausbeutung und Rechtlosigkeit der Eingeborenen läßt sich nicht verhüllen. Vergegenwärtigen wir uns, daß heute in England keine Rede über Kolonialprobleme — sei sie reaktionär oder fortschrittlich — gehalten werden kann, die nicht innerhalb von ein paar Tagen in Afrika bekannt würde. Es weilen heute Tausende von jungen Negern zu Studienzwecken in England, zum Teil mit Stipendien der englischen Regierung. Es gibt auch Optimisten, die hoffen, diese jungen Leute als Verteidiger des Empiregedankens nach Afrika zurückkehren zu sehen. Zu Unrecht, denn die meisten von ihnen, wenn sie sich wieder der afrikanischen Wirklichkeit gegenübersehen, werden zu Revolutionären. Und sie wären nichts wert, wenn sie nicht zu Revolutionären würden, meint dazu Rita Hinden in ihrem Buch «Empire and After?» (Britisches Reich, und was nachher?)

Der Kampf um die Rechte und den Aufstieg der Kolonialvölker geht weiter. Eine Möglichkeit, ihre Anliegen vor das Forum der Weltöffentlichkeit zu bringen, besteht heute im Treuhandschaftsrat der UNO, der an die Stelle der bedeutungslosen Mandatskommission des Völkerbundes getreten ist. Die UNO verleiht den Mandatsgebieten (Kamerun, Togoland, Südwestafrika, Tanganjika) das Recht, Petitionen an den Treuhandschaftsrat zu schicken oder sich dort vertreten zu lassen. (Für dieses Jahr sind es über 50 Petitionen). Eine Abordnung des Treuhandschaftsrates, der auch Farbige angehören, macht Kontrollbesuche an Ort und Stelle, oft gegen den heftigen Protest der Mandats- oder Schutzmächte. Die letzteren sind gehalten, sich dem Treuhandschaftsrat gegenüber auszuweisen, daß in ihrem Mandatsgebiet Fortschritte auf dem Wege zur Selbstregierung erzielt worden sind. Wenn dies auch wirklich als Gewinn zu begrüßen ist, so ist doch nicht zu verhehlen, daß auch das Treuhandschaftsratsverhältnis, abgesehen davon, daß es sich nur auf wenige Gebiete erstreckt, immer noch Imperialismus ist (Rita Hinden) und daß die Kolonialvölker das Vertrauen verloren haben, daß es je etwas anderes sein werde. Auf den Einwand der Kolonialmächte, die Eingeborenen ihrer Kolonien seien nicht reif für Selbstregierung, antworten

diese mit dem Hinweis auf die Vorgänge in Indien zum Beispiel, die Erfahrung zeige, daß ein Kolonialvolk erst als zur Selbstregierung reif befunden werde, wenn es nicht mehr mit Gewalt niedergehalten werden könne. Diese Antwort ist unmißverständlich.

Ein möglicher Weg zur Befreiung der heutigen Kolonialgebiete wäre die befristete Unterstellung unter den Treuhandschaftsrat der UNO. Im März dieses Jahres wurde zum Beispiel Somaliland, ehemals italienische Kolonie, neuerdings Italien unterstellt, aber als Mandatsgebiet, mit der Verpflichtung für die Schutzmacht, die abhängige Bevölkerung innerhalb von 10 Jahren auf ihre Selbstregierung vorzubereiten. Es ist nicht einzusehen, warum eine solche Lösung, den Umständen angepaßt, sich nicht auch auf andere Kolonien anwenden ließe. Tatsache ist, daß ein Volk sich nicht entwickeln kann, solange es am Gängelband geführt wird, und daß Selbstbestimmung Kräfte weckt, die ein Kolonialsystem nie wird aufrufen können. Verselbständigung der einzelnen Kolonien schließt natürlich deren Gruppierung zu größeren Wirtschaftsräumen, die unerläßlich ist, nicht aus.

Es ist leider nicht anzunehmen, daß das Labourkolonialamt den oben erwähnten Weg einschlagen und damit das Mißtrauen, das gegenüber der konservativen Verwaltung der Kolonien bestand, zum Verschwinden bringen wird. Ihre Behandlung der Seretse-Khama-Angelegenheit, wie viele andere Maßnahmen, könnten einen glauben lassen, sie sei sich gar nicht bewußt, wie explosiv die Situation heute schon ist. Konzessionen an eine von Hitler inspirierte Herrenvolkregierung Malans, die auf eine gewaltsame Auseinandersetzung mit den Schwarzen hinzuarbeiten scheint, werden sich für die Labourregierung katastrophal auswirken. Anderseits müßte eine bewußter Schritt vorwärts zur Überwindung der Kolonialwirtschaft beispielgebend nicht nur auf andere europäische Mächte, sondern ganz allgemein auf eine friedliche Lösung der Ost-West-Probleme wirken.